

Rückblick der GRÜNEN Fraktion Harburg



**Eine persönlicher
Rückblick der
GRÜNEN
Bezirksabgeordneten**

**Kay Wolkau
Heinke Ehlers
Jürgen Marek
Britta Herrmann
Daniel Völko**

**auf die Legislatur
2011 bis 2014**

Mit diesem Newsletter wollen wir auf unsere Arbeit der letzten Jahre zurückschauen – jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete persönlich auf ihr/sein Fachgebiet.

Gut drei Jahre auf der Oppositionsbank in der Bezirksversammlung liegen hinter uns. Und uns gegenüber immer die – wenn auch knappe – absolute Mehrheit der SPD. Keine einfache Zeit für GRÜNE Politik. Aber deshalb noch lange keine erfolglose. Denn Lokalpolitik hat ihre eigenen Regeln. Es ist mühsame Kleinarbeit. Es sind die Probleme, die die Menschen direkt vor Ort beschäftigen. Es sind viele kleine und größere Sachentscheidungen zu treffen. Da

sind die großen politischen Kategorien oft nebensächlich. Gute Ideen haben manchmal eine Chance, und einstimmige Entscheidungen sind in der Bezirksversammlung nicht ausgeschlossen. Oft verläuft die Trennlinie nicht zwischen Regierung und Opposition im Bezirk, sondern zwischen Bezirk und Senat. Besonders dann, wenn es um Geld und Kompetenzen geht.

Neben dem politischen Tagesgeschäft sind es zwei Ereignisse, die uns GRÜNEN aus diesen Jahren wohl für immer im Gedächtnis bleiben. Ein schönes und ein sehr trauriges. Schön war es, dass wir im September 2012 unser Jubiläum „30 Jahre GRÜNE

Fraktion in Harburg“ feiern konnten. Ein tolles Fest mit vielen Gästen auf der „Seute Deern“.

Mehr als traurig waren wir im Februar 2013. Geschockt und fassungslos machte nicht nur uns der plötzliche und unerwartete Tod unseres Fraktionsvorsitzenden Ronald Preuß. Eine schmerzliche Lücke, bis heute.

In ein paar Wochen haben die Bürgerinnen und Bürger das Wort. Auch sie werden zurückblicken und mit ihren Stimmen unsere politische Arbeit bewerten und mit der Arbeit aller anderen Bezirksabgeordneten vergleichen. Das neue Wahlrecht gibt ihnen diesmal mehr denn je die Möglichkeit, dies auch sehr detailliert zu tun.

IMPRESSUM

SüdGRÜN ist den Newsletter der GRÜNEN Fraktion in der Bezirksversammlung Harburg

Links führen zu Informationen auf www.gruene-harburg.de oder externen Seiten
Herausgeberin: GRÜNE Fraktion Harburg,
Kay Wolkau, Fraktionsvorsitzender (ViSdP)
Redaktion: Marion Göhring,

Schwarzenbergstr. 36, 21073 Hamburg,
Telefon: (040) 77 66 00, Fax: 77 66 62,
Mail: fraktion@gruene-harburg.de,
Internet: www.gruene-harburg.de



Kay Wolkau

Fraktionsvorsitzender

Mitglied Hauptausschuss

Mitglied Ausschuss Inneres, Bürgerservice und Verkehr

Mitglied Regionalausschuss Süderelbe

Ständiger Vertreter Stadtplanungsausschuss

Dicke Bretter bohren

Schwerpunkt meiner politischen Arbeit in den vergangenen Jahren war die Verkehrspolitik. Und wer sie in Hamburg machen will, muss Geduld haben und wichtige Forderungen immer wieder und wieder stellen. Alternative Verkehrspolitik in Hamburg heißt „ganz dicke Bretter bohren“.

Das gilt auf Landesebene, aber ganz besonders in der Bezirkspolitik. So verging in den vergangenen Jahren kaum ein Monat, in dem wir in der Bezirksversammlung nicht Anträge zu verkehrspolitischen Themen gestellt haben.

Ganz wichtig dabei war uns immer der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. So haben wir im Mai 2013 und im Februar 2014 Veranstaltungen organisiert, um Themen wie etwa Verkehrsberuhigung mit den Menschen vor Ort zu diskutieren.

Denn die Menschen im Bezirk Harburg leiden an vielen Straßen unter den Folgen der hohen Verkehrsbelastung. Deshalb haben wir die bezirklichen Bürgerinitiativen gegen Verkehrslärm unterstützt und gemeinsam mit ihnen Erfolge errungen.

So wie auf der Bremer Straße. Unser Antrag aus 2011, Tempo-50-Piktogramme auf die Fahrbahn der Bremer Straße aufzubringen, fand die Unterstützung aller Fraktionen. Heute sind die Piktogramme da. Ebenso verlief es mit den von uns geforderten, zwischenzeitlich dort installierten Dialogdisplays. Aber auch das kann nur ein Anfang sein.

Gemeinsam mit der Bürgerinitiative Jäger- und Vogteistraße kämpfen wir

auch schon seit 2011 für eine Beruhigung, dieser durch Lkw stark belasteten Tempo-30-Zone. Erste verkehrsberuhigende Maßnahmen wurden dort zumindest provisorisch umgesetzt. Die Planungen sind jetzt sehr konkret. In den nächsten Monaten werden dort neue Verkehrsinseln, Fußgängerüberwege, Buscaps sowie beidseitige Fahrbahnverswenkungen geschaffen.

Ein weiterer Erfolg ist schließlich die



Bleibt Thema: Tempo 30

Einführung einer Tempo-30-Zone in Cranz, nachdem wir uns immer wieder für die Einführung weiterer Tempo-30-Zonen im Bezirk eingesetzt haben.

Last, but not least freuen wir uns sehr, dass die lange angekündigten Harburger Pilotprojekte zur Verkehrslärmbekämpfung, vor allem Tempo 30 nachts für die nördliche Winsener Straße endlich – wie von uns wiederholt gefordert – umgesetzt werden.

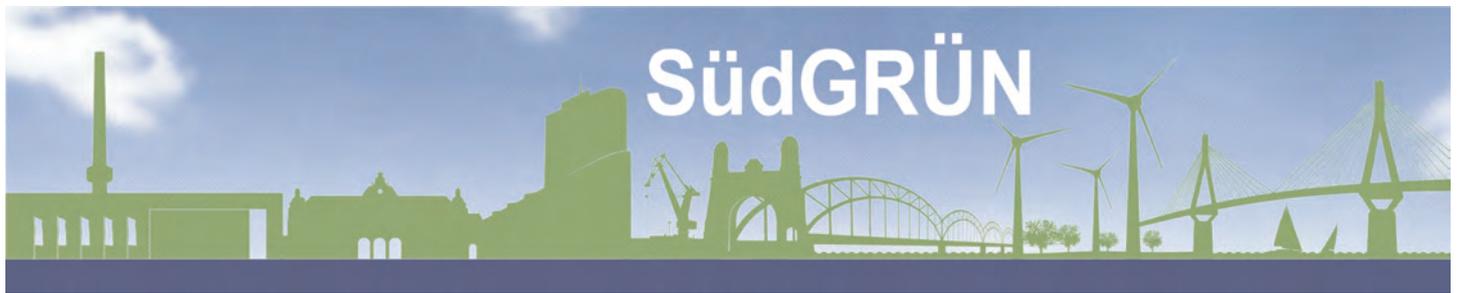
Verkehrsberuhigung ist das eine, der Ausbau des Öffentlichen Personen-

nahverkehrs und des Radverkehrs das andere „dicke Brett“. Aber auch hier konnten wir, trotz Oppositionsbank, die eine oder andere Verbesserung durchsetzen.

So gibt es schrittweise Taktverdichtungen der S3 in den Abendstunden und am Wochenende, und die Buslinie 142 verkehrt jetzt auch in den Harburger Binnenhafen. Auch der ÖPNV von Harburg in den Landkreis Harburg hinein könnte demnächst verbessert werden, nachdem die alte Heidebahnstrecke Buchholz-Maschen-Harburg – wie von uns massiv eingefordert – nun ernsthaft daraufhin untersucht wird, ob sie für den ÖPNV wiederbelebt werden kann.

Auch für die Verbesserung der Bedingungen für Radfahrende haben wir im Laufe der vergangenen Jahre viele Anträge geschrieben. Konkrete Ergebnisse unserer Arbeit sind hier neue Fahrradbügel im Stadtraum sowie ein Radfahrstreifen auf der Winsener Straße stadteinwärts. Eine Fahrradservicestation für den Bahnhof Harburg ist seit längerem in Planung.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung ist es uns gelungen, die meisten anderen Fraktionen für die Schaffung eines Radverkehrsbeauftragten zu gewinnen. Damit wird der Harburger Verwaltung endlich Personal ausschließlich für die Belange des Radverkehrs zu Verfügung stehen. Das ist ganz entscheidend, denn nur zu oft sind gute Initiativen zur Radverkehrsförderung wegen Personalmangels einfach nicht umgesetzt worden.



Heike Ehlers

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Vorsitzende Jugendhilfeausschuss

Mitglied Haushalts- und Vergabeausschuss

Ständige Vertreterin Ausschuss Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung

Mehr Geld für Kultur

Als Fraktionssprecherin für den Bereich Kultur und Jugendhilfe hatte ich eine sehr turbulente Zeit in der Opposition. Im Bereich Kultur sind nun endlich wichtige Projekte auf dem Weg, die bereits in der letzten Legislaturperiode von der GRÜNEN Fraktion mit auf den Weg gebracht wurden: Das Helms-Museum ist wieder unabhängig, die Theaterbühne wird erweitert, die Sammlung

zentren und die Geschichtswerkstätten angemessen zu unterhalten.

Aber nicht nur dort fehlt das Geld. Ein sehr wichtiges Thema der letzten drei Jahre war sicherlich die Kürzungen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Durch die Umschichtung der Mittel in den Ganztagsschulbereich musste im Gegenzug bei den Jugendclubs und Kinderspielhäusern gespart werden. Unsere Kritik, dass

sich unsere Prognosen bewahrheitet haben. Nicht alle Kinder sind zuverlässig im Ganztagesbetrieb der Schulen eingebunden, Jugendeinrichtungen und Kinderspielgruppen werden vermehrt nachgefragt, und der Jugendhilfeausschuss versucht mit seinen bescheidenen Möglichkeiten die Lücken zu stopfen. Hier wäre eine besonnene Haushaltspolitik sinnvoller gewesen.



Falckenberg ist weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich und strahlt weit über die Grenzen Harburgs hinaus. Auf dem alten Friedhof geht es voran, viele Kunstwerke im öffentlichen Raum wurden saniert.

Dennoch sind im Bereich Kultur weiterhin viele Probleme ungelöst, allen voran die Frage nach der Förderung der sozio-kulturellen Einrichtungen. Wir bekommen in Harburg im Vergleich zu den anderen Bezirken viel zu wenig Geld, um alle Stadtteilkultur-

die wichtige und richtige Ausweitung des Ganztagsangebots an Schulen aber nicht sofort alle Kinder erreichen wird und wenigstens für eine befristete Übergangszeit genügend Geld für alle Angebotsformen erhalten bleiben muss, blieb leider ungehört. Unser Antrag auf ein Moratorium, das heißt eine Aussetzung der Sparvorgaben für ein weiteres Jahr wurde von der Regierungspartei mit ihrer knappen absoluten Mehrheit abgelehnt.

Heute müssen wir leider sehen, dass

Leider zeigen sich hier die Grenzen, an die Oppositionspolitik häufig stößt. Sinnvolle, sachbezogenen Vorschläge für Harburg wurden nicht angenommen, weil die falsche Fraktion den Antrag gestellt hat. Das zeigte sich auch bei unserem Versuch, endlich flächendeckend Tempo 30 vor Harburger Schulen einzuführen. Leider gilt vor der Grundschule in Marmstorf und vor der Stadtteilschule in Sinstorf immer noch nicht Tempo 30. Ein Thema, was weiterhin aktuell bleibt.



Jürgen Marek

Mitglied Ausschuss Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung
Mitglied Ausschuss Wirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Global denken – lokal handeln

Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist die Umsetzung eines Nachhaltigkeitskonzeptes für Harburg: Nachhaltige Entwicklung kennzeichnet sich dadurch, dass sie die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Lebens erhält.

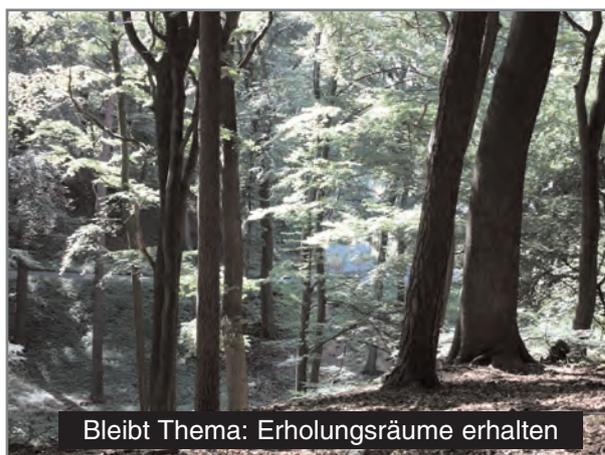
Wir unterstützen die Arbeit und die Weiterentwicklung des NachhaltigkeitsNetzwerkes HARBURG21. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger auf lokaler und globaler Ebene für die komplexen Zusammenhänge von Klima und Umwelt, tragfähiger Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit zu sensibilisieren und zu nachhaltigem Handeln anzuregen.

Als konkreten Beitrag haben wir den Harburger Nachhaltigkeitspreis initiiert und bei seiner Umsetzung aktiv mitgewirkt. Wir wollen diesen Preis erhalten und ausbauen und die erfolgreiche Arbeit von HARBURG21 in allen Bereichen begleiten und fördern. Auch an der Planung und Gestaltung der Veröffentlichung „Gelebte Nachhaltigkeit in Harburg“, in der 22 Projekte ihre zukunftsweisende nachhaltige Arbeit dokumentieren, haben wir uns engagiert beteiligt.

Im Juni 2011 stellte der Senat ein neues Buch der Reihe „Pixi Wissen“ mit dem Titel „Hamburg. Umwelthauptstadt Europas“ und ein Wimmelposter zur Umwelthauptstadt

vor. Auf diesem Wimmelposter fehlt der Stadtteil Harburg. Es entstand der falsche Eindruck, dass es im Bezirk Harburg keine für die Umwelthauptstadt relevanten Projekte gäbe. Unser Antrag auf Erstellung eines „Wimmelbildposters zum Umweltbezirk Harburg“ ist – auch durch großartige Arbeit der Bezirksverwaltung – endlich umgesetzt worden. Bildungseinrichtungen, Vereine und Interessierte werden in Kürze dieses Poster erhalten.

Ein Teilaspekt nachhaltigen Denkens und Handelns ist der Umwelt- und Klimaschutz. Ein Kernpunkt ist die Sicherung von Lebens- und



Bleibt Thema: Erholungsräume erhalten

Erholungsräumen für Mensch und Natur. Bei Eingriffen und Veränderungen sind Transparenz und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern geboten. Die auf unsere Initiative erfolgte Veröffentlichung von **Baumfälllisten** mit Angaben von Gründen ist hier ein erster Erfolg (<http://www.hamburg.de/harburg/natur>

schutz/3648522/baumkontrollen.html). Leider ist uns bisher noch nicht gelungen, diese Transparenz auch für Baumfällungen auf privatem Grund herzustellen.

Auch zur Offenlegung von Lärm- und Schadstoffemissionen im Bezirk haben unsere Anträge erste Ergebnisse erbracht. Insbesondere fordern wir eine konsequente Umsetzung von EU-Richtlinien zur Schadstoffemission (z.B. NO₂-Emission), die Einrichtung eines validen Luftmessnetzes im Bezirk und die Entwicklung von Strategien zur Schadstoffverringerung.

Das Nahziel der Wiedereinführung straßenbezogene Luftmessungen (etwa an der B73 und B75) als Basis für geeignete Maßnahmen ist bisher allerdings nur im Ansatz (Messung durch einen Passivsammler für NO₂ am Krummholzberg) erreicht worden..

Eine klare Kontur grüner Umweltpolitik hat unsere Haltung gegen Fracking und Aufsuchungsgenehmigungen zum Fracking im Bezirk aufgezeigt. Begründete Ablehnungen dieser Risikotechnologie in der Bezirksversammlung und ihren Ausschüssen verbunden mit einer guten Informationspolitik mit Infoständen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen haben deutlich gemacht, dass diese Thematik bei den GRÜNEN sehr gut aufgehoben ist. Auch die Formulierung des gemeinsam mit der SPD eingebrachten Ablehnungsantrags des Bezirks enthält wesentliche Elemente unserer Politik.



Britta Herrmann

Mitglied Ausschuss Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration
Vertreterin Jugendhilfeausschuss

Vorbehalte abbauen

Seit einem Jahr gehöre ich der Grünen Fraktion im Kreisverband Harburg an. Meine Schwerpunkte liegen im Bereich „Soziales“ und in der Jugendhilfe. Ich bin sozialpolitische Sprecherin und als Vertreterin im Jugendhilfeausschuss tätig.

Im Sozialausschuss befasse ich mich sehr intensiv mit dem Thema der Unterbringung von Flüchtlingen. Hier geht es um Gratwanderungen. An erster Stelle steht der humanitäre Gedanke, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten bei uns aufzunehmen und ihnen, vielleicht auch nur befristet, eine neue Heimat zu geben. Wir müssen uns aber auch mit großen Widerständen von Menschen in unmittelbarer Nähe der Unterbringungen befassen. Tendenziell gibt es hier erst einmal Abwehrbewegungen. Diese entstehen häufig aus Unsicherheiten und Unwissenheit.

Meine Aufgabe kann es hier nur sein, weiterhin mit diesen Menschen in Kontakt zu kommen um Vorbehalte abzubauen. Alte Klischees und Vorurteile Einwanderern gegenüber haben längst ihre Gültigkeit verloren.

Vielmehr muss es heute darum gehen, diesen Menschen zügig den Zugang in unsere gesellschaftlichen Systeme zu gewähren. Hier werden wir mit konkreten Ideen und Maßnahmen, wie zum Beispiel jedwede Möglichkeit, Anbindung in unseren Stadtteil herzustellen, über Anträge in den jeweiligen Ausschüssen Einfluss zu nehmen.

Der Einrichtung der Zentralen Erstaufnahme in der Poststraße haben

wir auch zugestimmt. Ganz Hamburg hat Verantwortung zu übernehmen, das Gebäude in der Poststraße am Harburger Bahnhof ist eine menschenwürdige Unterkunft und daher aus unserer Sicht auch geeignet.

Problematisch ist die Standortverdichtung von Unterbringungen und Zentraler Erstaufnahme um den Bahnhofsbereich. Aus unserer Sicht kann dies nur eine vorübergehende Lösung sein. Um eine Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen setzen wir auf integrative Maßnahmen.



Bleibt Thema: Flüchtlingsaufnahme

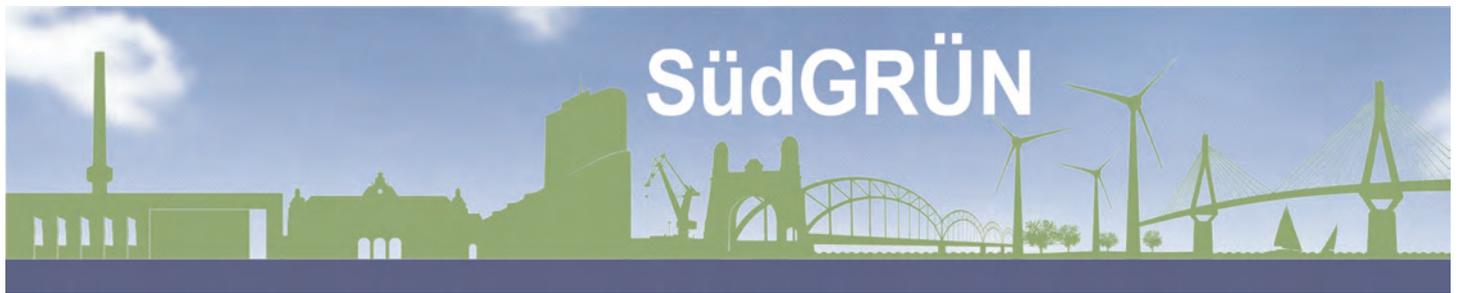
Problematisch wird es in Einrichtungen, in denen die Flüchtlinge und Asylbewerber unversorgt sind. Langfristig fordern wir natürlich weiterhin dezentrale Unterbringungen. Solange es diese aber nicht gibt, müssen wir auf bestmögliche Bedingungen und Versorgung der Bewohner der Unterbringungen sorgen.

Im Gesundheitsbereich arbeite ich aktuell zur Gesundheitsversorgung in

Harburg, die in einigen Bereichen nicht ausreichend ist. Derzeit haben wir die Situation, dass Mammographien in Harburg nicht mehr angeboten werden. In Gesprächen mit Ärzten, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Behörde für Soziales, Familie und Integration versuchen wir Lösungen zu finden. Ziel ist es eine gerechte Grundversorgung in allen Leistungsbereichen herzustellen.

Die Jugendhilfe beschäftigt sich derzeit intensiv mit dem Thema Kinderschutz. Mir als ausgebildeter Kinderschutzfachkraft ist das ein großes Anliegen. Durch unterschiedliche Anträge, die im Jugendhilfeausschuss behandelt werden, möchte ich Einfluss darauf nehmen, Abläufe und Kooperationen bei Kindeswohlgefährdungen zu optimieren. Es gibt eine Untersuchung zur Lage des ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) von Prof. Dr. Schrapper. In meinen Anträgen beziehe ich mich auf seine Empfehlungen und möchte damit die Umsetzung dieser auf den Weg bringen.

Zum anderen ist die Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses mein Thema gewesen. Nach meiner Auffassung ist diese nicht rechtskonform mit dem SGB VIII. Bei wichtigen Entscheidungen werden die Vertreter der Freien Träger wegen Befangenheit ausgeschlossen. Damit sind Sinn und Zweck aufgehoben. Mit Sicherheit wird die Auseinandersetzung und möglicherweise auch die rechtliche Klärung um diese Formulierungen noch einige Zeit in Anspruch nehmen.



Daniel Völko

Mitglied Stadtplanungsausschuss

Mitglied Regionalausschuss Harburg

Langfristiges Denken

Der Stadtplanungsausschuss ist vermutlich der Ausschuss mit dem größten Gestaltungsspielraum für Bezirksabgeordnete. Stadtplanung ist aber, oftmals zum Unverständnis in der Bevölkerung, auch das Fachgebiet, in dem schnelle Erfolge nicht zu erreichen sind.

Denn konkrete Projekte im Wohnungsbau oder bei der Gestaltung von öffentlichen Plätzen dauern von der ersten Idee bis Vollendung meist viele Jahre. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Themen aus unserem Wahlprogramm 2011 auch im neuen Programm wieder auftauchen, wie zum Beispiel Weiterführung der Planungen auf dem Gelände der ehemaligen Röttigerkaserne – hier sind wir mit der Neukonzeption durch die IBA allerdings ein großes Stück weitergekommen.

Oder auch das Neubaugebiet in Neugraben, das über die Jahre immer mal wieder einen neuen Namen bekam und jetzt als „Vogelkamp“ vermarktet werden soll. Bei diesen beiden Wohnungsbauprojekten zeigt sich deutlich, wie beschränkt der Einfluss der Bezirkspolitik ist. Denn jedes Projekt braucht final einen Investor, der baut und vermarktet.

Ein positives Beispiel für die erfolgreiche Entwicklung eines Baugebietes ist der Harburger Binnenhafen. Vor mehr als zwanzig Jahren entstand die Idee vom Wohnen und Arbeiten im Hafen. Heute ist dies Wirklichkeit, aber dennoch nicht beendet. Eine unserer Kernforderung für den Binnenhafen bleibt: Die Verlegung der Höchstspan-

nungsleitungen unter die Erde. Berlin zeigt, dass dies auch mit 380kV möglich ist.

Bei einem anderen Punkt aus unserem alten Wahlprogramm sind erste Erfolge zu sehen. Zurzeit gibt es in Harburg mehrere Investor_innen die Projekte für Studierendenwohnungen planen. Damit sind wir unsere Forderung, den Anteil der in Harburg wohnenden TU-Studierenden deutlich zu erhöhen, ein Stückchen näher gekommen. Aber auch gibt's noch viel zu tun und das Thema bleibt auf unserer Agenda. Erfreulich ist auch, dass in diesem Zusammenhang die Freiwillige

stet worden sind, beginnt verzögert. GRÜNE Wohnungsbaupolitik setzt auch auf innerstädtisches Wohnen, also auf sensible Nachverdichtung. Das gilt auch für Harburg. Bei dieser Art des Wohnungsbaus fällt den Bezirksabgeordneten auch immer die Rolle des Mittlers zwischen Investoren und betroffenen Anwohner_innen zu. Für Investor_innen ist eine gute Rendite wichtig und das heißt meist möglichst viel Bruttogeschossfläche. Anwohnende möchten meist möglichst wenig Veränderung in der Nachbarschaft.

Für uns GRÜNE ist hier ein wichtiges Instrument die rechtzeitige Bür-



Feuerwehr Harburg eine greifbare Perspektive auf einen neuen Standort bekommen hat.

Wohnungsbau allgemein ist die Herausforderung der nächsten Jahre. Die Umsetzung des Wohnungsbauprogrammes „Vertrag für Hamburg“, dessen Vorarbeiten sind durch die GRÜNE Senatorin Anja Hajduk gelei-

ger_innenbeteiligung. Das bedeutet mit Bürger_innen im Gespräch bleiben, Bedenken ernst nehmen aber auch deutlich machen, wo die Grenzen der Einflussmöglichkeiten sind. Darüber hinaus ist ein ausgewogener und sozialverträglicher Mix der Wohnformen unerlässlich.